

# Dresdner Volkszeitung

Bürostandort: Dresden **Organ für das werktätige Volk**

Bürostandort:  
Sekt. Arnolds, Dresden  
und Sächs. Staatsbank

Redaktion & Co., Nr. 1268

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilage "Von der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelpreis 10 Pf.

Telexgramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Weltmeister 10, Fernsprecher Nr. 25261, Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weltmeister 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszzeit von 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilleseitze 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für einseitige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienangelegenheiten, Stellen- und Mietangebote 40 Pf. Prog. Rokatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 183

Dresden, Sonnabend den 8. August 1925

36. Jahrg.

## Diktaturpläne der Volksausplünderer

**Verschärfungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie — Der Schlußkampf im Steuerkampf — Rechtsblock und Zentrum verweigern jede soziale Milde — Sozialdemokratische Brandmarkung der Schuldigen**

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der zweite Akt der großen parlamentarischen Tragödie dieses Sommers ist zu Ende. Die geschlossene Mehrheit der bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen herüber bis zum Zentrum, hat sich politisch und die breiten Massen des Volkes finanziell mit den riefenhaften unsozialen Steuerbeschlußvoten belastet, die die deutsche Finanzgeschichte schänden. In mehr als 50 Ausschusssitzungen und in einem gewöhnlichen Kampfe im Plenum des Reichstages hat sich die Sozialdemokratie als die Partei des Arbeitsvolkes gegen diesen Aufschlag gewehrt. Ihr Widerstand mußte vergeblich sein. Die große Mehrheit, die Millionen mißleideter Wähler im Rechts- und Mittelparteien verschafft haben, macht sich um nicht für die Masse der Wähler und Wählerinnen, sondern für die großen Herren, die durch Zeitungskäufe und Finanzierung der Wahlkämpfe diese Steueraufgabe politisch vorbereitet haben. Der Aufwertungsbetrug war ihr einer großer Erfolg. Nun haben sie den Aufbau der Massensteuern und den Abbau der Besitzsteuern dahin. Am Sonnabend werden sie zum letzten großen Schlag im Zollkampf auslassen. Aus den Bergen und von der See haben sie die Abgeordneten herantelegraphiert. Es geht um das Beleidigungsgut. Das sind Pflichten, deren Auf kein kapitalistischer Abgeordneter überhört.

Noch einmal hat der sozialdemokratische Steuerpolitiker Dr. Herz in einer flammenden Anklagerede die Tatsachen vor dem Reichstagtribüne ins Land gerufen. Die mit zündlicher Sachkenntnis verbundene Schärfe seines Vorwurfs löste nicht nur dem Finanzminister und seinem Staatssekretär, sondern auch dem Zentrumsabgeordneten Brünning, der einer der Hauptverantwortlichen an der verhängnisvollen Steuerpolitik dieser Woche ist, die Junge. Die Idee unseres Guten Herzen machte das Zentrum merkwürdig unruhig. Brünning eilte in die Fraktionssitzung des Zentrums und ließ sich dort den Auftrag zu einer Erwidерung geben, die auf der Linken bestanden, auf der Rechten des Hauses aber hellen Jubel hervorrief.

Worum eigentlich diese auffällige Unruhe im Zentrum? Diese Partei mußte sich doch sagen, daß die Sozialdemokratie nicht mehr hervorheben werde, wie sehr auch das Zentrum an der unsozialen Gestaltung der Steuervorlagen, deren kapitalistischen Charakter niemand zu bestreiten wagte, mit Schuld trägt. Die Abwehr des Zentrumstreiters war auf einem merkwürdigen Missverständnis aufgebaut. Abg. Brünning glaubte nämlich von Herzen gehört zu haben, das Zentrum habe sich seine Zustimmung zu den Steuer- und Zollgesetzen durch den Ministerposten für die besetzten Gebiete abseilen lassen. Unser sachlicher Gegensatz zum Zentrum in den Steuer- und Zollfragen ist aber viel zu klar und zu tief, als daß wir nötig hätten, mit solchen Antrümpfen zu arbeiten. Herr Brünning rebete, abgesehen von der vollkommen abwegigen Behauptung, daß in der sozialdemokratischen Fraktion über unsre Tafeln nennenswerte Meinungsverschiedenheiten bestünden, im Predigertone von den hochpolitischen Konsequenzen, die aus unserm Verhalten für die Zukunft ziehen könnten. Es waren etwas dunkle Gedankenlängen. Die Rechte, die Kommunisten, aber auch ein Teil kleingerüttiger Gewerkschaftsaktiatoren in der Zentrumstraktion nahmen die Rebe strahlend auf. Ein Rennen vom Totengläute des Zollblödes ging durch den Saal. Das Wittern einer hochpolitischen Sensation reizte die Herren der erschöpften Abgeordneten etwas auf. Vielleicht werden elftägige Journaletten in breiten Überschriften und schmetternden Zeitartikeln von dieser Stunde an eine Wendung in der deutschen Politik dichten und Brünnings Rede als den schlichtesten Abschluß der Zentrumstraktion an die Linke austreten.

Mäßigende Zentrumsführer ließen schon am Freitag keinen Zweifel, daß sie diese Entwicklung nicht wollen. Aber freilich kam niemand jagen, ob die Kräfte, die nach drängen, nicht stärker sind als Vernunft und guter Willen der Teile des Zentrums, die von einer Bindung ihrer Partei an den Hochkapitalismus und den Agrar-Kapitalismus zurückzuschrecken. Die Rede Brünning's, der zu den theoretischen Führern der christlichen Gewerkschaften gehört, leidet jedoch wieder einmal, wie einseitig kapitalistisch geprägte Männer aus den christlich-nationalen Gewerkschaften, deren Presse und Agitation im Lande vielfach an Kapitalismus mit den Kommunisten und Nationalsozialisten vergleichbar. Das ist das Merkwürdige an dieser Art christlicher Gewerkschaftsführer: Sie predigen bei riesenhaften Steuer- und Zollbelastungen zwar den Arbeitern, Angestellten und Beamten Geduld, Entsaugung, Rücksicht auf die Reichsmänner, auf den Zustand der Wirtschaft und andre schönen Dinge, aber dieselben Erziehungsgrundsätze werden gegenüber den kapitalistischen Steuerausplünderen, Preistreibern und Zerstörern der Staatsautorität kaum ausgesprochen werden, gerade ebenso denn, daß ein entschledener Versuch gemacht wird, diese Herrenrichten unter den Willen einer sozialen Demokratie zu bringen.

Mit vollem Recht hat Dr. Herz gesagt, daß die Sozialdemokratie bei dem Marsch durch die Wüste der Inflationsjahre zur Genüge gezeigt hat, wie sehr sie den Mut zu der Verantwortung auch dann hat, wenn sie den Massen recht unpopuläre Dinge zumuten muß. Die Sozialdemokratie wird aber nicht gewissen Teilen des Zentrums oder andern bürgerlichen Parteien zuliebe Tatsachen verschleiern. Sie wird Aufwertung, Steuer und Zölle das nennen, was es ist: Betrug und Volksausplünderei! Nicht nur die Sozialisten, auch die christlichen Arbeiter werden unsre Stimme hören!

### Das Volk wird richten

D. Berlin, 8. August. (Sig. Funkspur.) Der Vortrags schreibt zu dem Beschuß des Reisekongresses, die Zollvorlage möglichst schnell durchzuweisen, unter anderem: „Die Befreiung der Zolltarife, die heute (Sonnabend) beginnt, soll im Zeichen der Diktatur der Mehrheitsparteien stehen. Der Reichstag hat länger getagt als üblich ist. Die Mehrheitsparteien des Reichstags drängen noch den Tieren. Sie wollen das für die deutsche wirtschaftliche Zukunft entscheidende Gesetz in wenigen Stunden durchsetzen... Die Bundesgenossen der Deutschnationalen im Zollblöde stehen vor der Entscheidung, ob sie die Deutschnationalen der Bergemäßigung der Opposition, bei dieser Verstärkung des Volkes unterstehen wollen. Sie müssen wissen, daß die Durchführung dieser Tafel der Gewalt die innerpolitische Situation auf schärfste aufspaltet. Unterstützen sie die Deutschnationalen, so dokumentieren sie damit, daß ihnen der Vertreter der Interessen und das Vertretungsrecht der Deutschnationalen Abgeordneten höher steht als das Wohl des Volkes und das Recht des Parlaments... Wollen sie den Zolltarif noch vor der Sommerpause des Reichstags erledigen, dann müssen sie ihre Verbindlichkeit aufzustellen, dass mögen sie im Plenum des Reichstages vor dem ganzen Volk ihre Pläne begründen und verteidigen, dann müssen sie in der Öffentlichkeit ihre Argumente vortragen, wenn sie Argumente haben. Wir warnen in letzter Stunde die Deutschnationalen, die die Führung des Zollblödes an sich gerissen haben, wie wahren die Bundesgenossen der Deutschnationalen im Zollblöde, wie warnen vor allem das Zentrum!“

Eine offizielle Anfrage an die Zentrumstraktion, die noch im Verlaufe des gestrigen Abends gestellt wurde und dorthin lautet, ob die Zentrumstraktion sich der ge-

planten Diktatur endgültig anschließen würde, blieb bisher ohne positive Antwort. Auffallend ist, daß die Germania heute zu den Diktaturplänen nicht ein Wort sagt und sich vollkommen anschwieg. Der Sinn der von rechts erzielten Tafel läuft auf die endgültige Verabschiedung der Zollvorlage bis Montag abend hinaus. Das soll durch zwei Anträge erreicht werden, und zwar lautet der eine dahin, über die gesamten Zollpositionen, die als Anlage zu Artikel 2 erklärt werden sollen, in bloc abzustimmen, durch den zweiten Antrag soll der Übertragung zur Taxenordnung über alle Änderungsanträge durchbrochen werden. Außerdem will man lediglich eine Generaldebatte und dann je eine zweite Debatte über die Agrarzölle und über die Industriezölle gestalten.

### Reichstags-Sitzungsbericht

114. Sitzung. Freitag, 7. August.

Auf der Taxenordnung steht die

#### dritte Beratung der Steuervorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. v. Schleicher: Dieses Werk begleitet den Abbau der aus höchster wirtschaftlicher Not herausgehobenen Steuern und den Übergang zu einer normalen Steuerwirtschaft. Das System mag so scheinfest und so entzückend förmlich sein, doch es auch in den kommenden Jahren schweren Zäpfen nicht verfügt. Das heißt nicht Wirtschaftspolitik, sondern lediglich vorsichtige Finanzpolitik. (Weißfahl redet.) Das Gesetzgebungsrecht regelt im Finanzausgleich auch das steuerliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern und Gemeinden. In der Quantitätsverteilung des großen Nebenvergütungssteuern mag ich unbedingt festhalten, aber von dem aufrechten Willen geleitet, den Wünschen der Länder eingegangen und ihnen die Sorge um ihren Haushalt und die Sicherstellung ihrer kulturellen und sozialen Aufgaben kommt zu erledigen, als es vom Standpunkt des Reiches möglich ist. habe ich mich bereit erklärt, den Gedanken der Garantie für das Steueraufkommen der Länder weiter auszudenken. Das Reich will jetzt die Garantie übernehmen sowohl für das Auskommen aus den Umlaufsteuern als auch für das Gesamtsumme der Steuern. Dem dahingehenden neuen Steuerpromotionskredit der Regierungsparteien stimmt die Regierung zu. Wenn jetzt dieses große Steuergesetzwerk abgeschlossen wird, so werden alle diejenigen Dank, die trotz aller Arbeit mit dem Willen auf das große Ziel es erreicht haben, das hier ernste und soziale Arbeit geleistet worden ist für den weiteren

## Der Steuerraub

H. F. Berlin, 7. August.

Die Steuerberatung im Reichstag ist nunmehr abgeschlossen. Damit ist das Schicksal einer enormen Belastung, besonders der breiten Massen des deutschen Volkes — wahrscheinlich auf lange Zeit! — entschieden. In zehn langen Sitzungen des Plenums wurde von der Opposition mit allen möglichen Mitteln hässlicher Beweisführung der Verdacht gemacht, die Steuervorlagen anders zu gestalten, Debit, Vermögen und große Einkommen höher zu belasten als jüngsten der Reichen. Im wesentlichen ohne Erfolg. Nur bei der Lohnsteuer gelang es, einige Verbesserungen zu erzielen. Zu den neuen Gesetzen — das Steuerüberleitungsgesetz wurde bereits früher vorweg erledigt — waren nicht weniger wie 200 Änderungsanträge und Entschließungen für die zweite Lesung bis auf wenige Ausnahmefälle mit den Rechtsparteien. Die Demokraten gingen manchmal mit den Linken, meist schlugen aber auch sie sich noch rechts. Es waren etwa 20 namentliche Abstimmungen nötig, die meisten auf Antrag der Opposition oder der sozialdemokratischen Fraktion.

Ein eigenartiger Gang in diesem monatelangen Steuerkampf verdient, speziell erwähnt zu werden. Das Gesetz über die Bier- und Tabaksteuer sowie den Tabakzoll, der in diesem Gesetz mit behandelt ist, stand in der Gestaltung der Regierungsvorlage keine Gnade vor den Augen der Regierungsparteien. Die Meinungsverschiedenheiten waren so groß, daß auch eine Umgestaltung der Vorlage im Ausschluß seines Erfolgs versucht aber aber sehr großen Zeitverlust mit sich brachte. So ließ man einfach die Regierungsvorlage stehengehen. Die Regierungsparteien drohten ein ganz neues Gesetz in Form eines Initiativvotans ein, der dann im Ausschluß die Grundlage zur Beratung bildete. Natürlich konnte das alles nur so glatt unter Billigung und reicher Rücksicht der Regierung selbst geschehen.

Diese „Steuerreform“ ist die bedauerns, finanziell und wirtschaftlich einschneidendste, die je in einem deutschen Reichstag behandelt wurde. Nach Feier war so umfangreich, alle Steuern auf einmal im Zusammenhang regelnd, nicht nur für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden. Damit in Vergleich zu stellen ist höchstens die Gräzergesetz-Steuerreform, die ihre größte Bedeutung aber weniger in dem Nutzen, als in der prinzipiellen Umgestaltung des Steuerweises für Reich und Länder hatte. — Da die Gestaltung der Zollvorlage nach den Beschlüssen des Ausschusses fast unverändert bleibt, ergibt sich, daß für die Einnahmen des Deutschen Staates durch Steuern und Zölle

rund 6½ Milliarden Mark

aufgebracht werden. Darunter sind nur einige wenige belanglose andere Einnahmen, sowie knapp 146 Millionen Mark aus der Verwertung von Bausparverträgen der Reichsbahnversicherungsgesellschaft. Der Überschall entfällt auf indirekte Abgaben, Verbrauchssteuern, Zölle. Also eine ungeheure Verlastung des Konsums der Massen, eine starke Verkürzung der Lebensmittel. Oben steht die Einkommensteuer mit 1700 Millionen Mark. Auch diese Summen fließen in Form von Lohn- und Gehaltssteuern sehr stark aus den Taschen der Rentner und Mindermittelten. Das weiß man aus den Ergebnissen der Steuerstatistik. Dann folgt die Umlaufsteuer mit rund 1500 Millionen Mark. Sie ist in ihrer jetzigen Art wohl die widerfinngigste, ungerechte, — einzig in der Welt. Kein anderes Land kennt eine solche Umlaufsteuer! Durch die andern etwa ein Drittel Verbrauchssteuern und die Zölle sollen 320 Mill. Mark aufgebracht werden. Das ergibt

eine Gesamtbelaistung durch Umlauf- und Verbrauchssteuern nebst Zöllen von etwa 4729 Millionen Mark!

Wie wenig nehmen sich dagegen die eigentlichen Besitz- und Einkommensteuer aus! Richtig: Steuerfreiheit 300 Millionen, Kapitalvermögenssteuer (beide Arten) 180 Millionen; die Großsteuer bringt knappe 38 Millionen (gegenüber 20 Millionen in England!). Ganz wegfallen sind: Kapitalertragsteuer, Vermögenszuwachssteuer und Aufsichtsratssteuer. Bei der Einkommensteuer wurden die Höchststeuern auf die höchsten Einkommen auf die Hälfte der höchsten Staffel herabgesetzt.

Wie sich die Steuern im einzelnen gestalten, ist durch die Beratungen im Reichstag und die darüber veröffentlichten Berichte genügend bekannt geworden. Hier seien wir aber im Gesamtbild, wie die Steuer- und Wirtschaftspolitik aussieht, die von der jetzigen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parlamentarismus aussieht. Von der

#### „Balkengemeinschaft“

wurde geredet, geschaffen, aber wurde ein ganz niedrigeckiger Balkanstaat, der sich die Aufgabe gestellt hat, die breiten Massen des armen Volkes nach unten auszuplündern, ihm die größte Last der Reparationslasten aufzubürden, die Besiedlung aber in demselben Reichstag zu schonen, zu entlasten! Und das wird bleiben, so lange bei beiden in Deutschland „die gräziesten Männer ihres eigenen Weihers selber wählen“. Das parlamentarisch-demokratische System ist eine schöne Sache. So lange aber die Massen nicht den rechten Gebrauch von ihm zu machen wissen, kann sich die Ausbeuterregierung von ihm zu machen wissen, kann sich die Ausbeuterregierung in dieser Republik fast noch ungehemmt ausüben, wie im alten autokratischen Staat. Diese Leute wird eindringlich den Massen während der letzten Monate im Deutschen Reichstage demonstriert. Mögen die Wähler diese Leute bestimmen!